

Hermann Vinke

»Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«

Staatsholding **Treuhand** als Fehlkonstruktion –
die Sicht von Betroffenen

VSA:



Hermann Vinke

»Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«

Staatsholding Treuhand als Fehlkonstruktion – die Sicht von Betroffenen

Hermann Vinke ist Journalist und Autor zahlreicher Bücher (u.a. Das kurze Leben der Sophie Scholl, Carl von Ossietzky, Gegen den Strom der Unfreiheit – Zeitzeugen der DDR erinnern sich, Akteneinsicht Christa Wolf). Er war unter anderem ARD-Korrespondent in Japan, den USA und in der DDR/Ostdeutschland. Von 1992 bis 2000 war Vinke Programmdirektor Hörfunk bei Radio Bremen.

Hermann Vinke

»Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt«

Staatsholding Treuhand als Fehlkonstruktion –
die Sicht von Betroffenen

Inhalt

Was damals mit den Menschen geschah	9
--	---

WERFTEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Ostdeutsche Werften – Spielball mächtiger Interessen	16
Der lange Kampf der Schiffbauer in Mecklenburg-Vorpommern	

Die Treuhand hat viele Kolleginnen und Kollegen ins Unglück gestürzt	32
Der IG Metall-Bevollmächtigte Guido Fröschke blickt auf den hektischen Prozess der Transformation bei den Werften zurück	

TEXTILINDUSTRIE IN DER LAUSITZ

Christine Herntier: Die heilige Johanna der Textilhöfe	36
Zwei Transformationen in einer Lebensspanne – Jahrzehnte nach dem Ende der Textilindustrie kommt der Ausstieg aus der Braunkohle	

STAHLWERK HENNINGSDORF

Riva an der Havel	56
Peter Schulz berichtet über Protestmärsche, Betriebsbesetzung und die lange Tradition des Arbeitskampfes in Nachbarschaft zu Berlin	

»Unsere Rechte und Freiheiten haben wir uns selber erstritten«	67
Andreas Schulz, drei Mal wiedergewählter Bürgermeister von Hennigsdorf, über den schwierigen Neuanfang nach 1990	

CHEMIEDREIECK LEUNA – BUNA – BITTERFELD

Plaste und Elaste aus Schkopau	76
Der lange und zermürbende Kampf um Buna	

Ingrid Häußler – Einüben in Protest und Widerstand	79
Der ungewöhnliche Lebensweg einer Diplom-Chemikerin, die sich für den Erhalt der Chemie-Industrie einsetzte und Oberbürgermeisterin wurde	

Klaus-Dieter Weißenborn – eine Kämpfernatur	99
Diplom-Chemiker, Betriebs- und Aufsichtsratsmitglied bei Buna, Vorkämpfer für Gerechtigkeit	

INDUSTRIEMETROPOLE CHEMNITZ

Die zweite deutsche Teilung	116
Chemnitz – eine Stadt mit einer großen Industriegeschichte und einem beachtlichen Kreativpotenzial	
Das kalte Herz des Kapitalismus – oder: Die Macht lag auf der Straße	119
Gerhard Sonntag kämpfte um den Erhalt des Maschinenbau-Werkes Fritz Heckert und ruinierte dabei seine Gesundheit	
Zwischen Ebbe und Flut	130
Doris Müller gehört zu den starken Frauen, die in Ostmitteledeutschland nach 1990 über sich hinausgewachsen sind	
Von 130 Gießereien in Chemnitz blieben noch drei übrig	137
Diplom-Ingenieur Peter Strauß legte sich in der DDR mit der SED an und erlebte nach 1990 zwei Insolvenzen	
Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden	145
Von den 130 Textil- und Bekleidungsunternehmen blieben nach 1990 noch gerade zwei Dutzend Kleinbetriebe übrig	

AUTOMOBILBAU IN ZWICKAU

Go Trabi Go	150
Über Volkswagen in Deutschland Ost und Deutschland West	
Viele stellten die Sinnfrage	155
Der Gewerkschafter Stefan Kademann über die Spätfolgen von Massenarbeitslosigkeit und den Kampf um Arbeitsrechte im 21. Jahrhundert	

KALI-BERGWERK BISCHOFFERODE

Den Kali-Kumpeln wurde übel mitgespielt	164
Gerhard Jüttemann erinnert an den Hungerstreik der Bergleute und den größten Skandal der Treuhand-Anstalt	
Die Banken als Handlanger der Regierung	180
Johannes Peine erklärt, wie der Einsatz zur Rettung der Kali-Grube zum Verhängnis wurde und sein Unternehmen ruinierte	

Es wurden Arbeitsplätze im Osten weggenommen und im Westen erhalten	188
Die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth nimmt Stellung zu den Umständen der Schließung der Kali-Grube	
Der Schacht war mein Leben	192
Siegfried Hubenthal war Elektromeister in der Kali-Grube	
Und ich stand wieder auf der Straße	193
Hans-Joachim Binder erzählt die Geschichte der Kali-Grube, deren Schließung seine berufliche Existenz zerstörte	
Deutsche Einheit – Auf ein Neues!	199
Vorschläge zum Umgang mit dem »Erbe« der Treuhand-Anstalt	
Anhang (Quellen, Dank, Literatur)	203

Was damals mit den Menschen geschah

Die Geschichte der Treuhand –
aus der Perspektive von Betroffenen

*Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen.
Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.¹*

In der umfangreichen Literatur über die Treuhand-Anstalt (1990-1994) kommt bislang die wichtigste Perspektive zu kurz, und zwar die der betroffenen Menschen. Daher überrascht es nicht, dass ihr Aufbegehren, ihr Protest und Widerstand gegen die Schließung von Tausenden von Unternehmen kaum ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist. Ein historisch einmaliger Vorgang, die Abwicklung einer kompletten Volkswirtschaft, geriet zu einem nationalen Desaster, das umso unversöhnlicher zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West steht, je länger dieser Vorgang zurückliegt.

Millionen von Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, und das unmittelbar nach der Friedlichen Revolution und der Einheit Deutschlands – beides Jahrhundert-Ereignisse, die kaum jemand für möglich gehalten hatte. Doch der Jubel ging fast nahtlos über in das Entsetzen über den Absturz ins Bodenlose. Denn der Kapitalismus, das westliche Wirtschaftssystem, zeigte sich ausgerechnet in dieser Situation von seiner brutalsten Seite. Von der betrieblichen Substanz der staatseigenen DDR-Volkswirtschaft blieb kaum ein Viertel übrig.

Damit verbunden war ein Maß an Zurückweisung, Verachtung und Demütigung, das sich tief in die Seelen der Menschen eingebrannt hat. Das politische System der alten Bundesrepublik trat der Bevölkerung in Ostdeutschland in Form einer Einrichtung gegenüber, die weder parlamentarisch kontrolliert wurde noch überhaupt eine Vorstellung davon besaß, wie über acht Millionen Werktätige in den gewiss schwierigen Prozess der ökonomischen Umgestaltung einzubinden seien.

Die Treuhand-Anstalt, von der Volkskammer der DDR als Hüterin der Interessen der Bevölkerung gedacht, agierte gegen die Menschen. Von Beginn an erwies sie sich als eine Fehlkonstruktion. Ihr Scheitern zeigt sich überdeutlich aus der Perspektive betroffener Menschen, die in diesem Buch zu Wort kommen.

Was beim Rückblick auf das Wirken der Treuhand auffällt, ist die Erkenntnis, dass die Transformation der ehemaligen DDR hin zu einem marktwirtschaftlichen System im Wesentlichen auf einen ökonomischen Vorgang redu-

¹ Christa Wolf, Kindheitsmuster, Hamburg 1994, S. 11.

ziert wurde, statt die historische Dimension der Wiederherstellung der Einheit in den Prozess einzubeziehen.

In dieser einmaligen Konstellation lag zugleich eine riesige Chance, etwas Neues zu schaffen. Ein Traum, den man heute doch wenigstens noch einmal benennen darf: Im Herzen Europas in einem geeinten Deutschland eine tragfähige soziale und humane Brücke in eine gute Zukunft zu schaffen – aber das wurde nicht einmal ansatzweise versucht.

Nach der Euphorie die Gleichgültigkeit

Die erste Hypothek für den Einigungsprozess war die Gleichgültigkeit aufseiten der alten Bundesrepublik. Nachdem die überbordende Euphorie über das Jahrhundert-Geschenk der Einheit abgeklungen war und die ersten Konturen der anstehenden Transformation sichtbar wurden, erlahmte das Interesse bei vielen wieder. Westberliner ärgerten sich z.B. darüber, dass ihre Landsleute aus dem Ostteil der Stadt in den Supermärkten die Regale leer räumten.

Die Menschen in Ostdeutschland, die in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre millionenfach ihren Arbeitsplatz verloren, gerieten schnell, allzu schnell aus dem Blickwinkel der öffentlichen Wahrnehmung. Ihre massenhafte Zahl wurde zwar benannt – in den Zeitungen und elektronischen Medien –, aber was damals mit den Menschen wirklich geschah, rückte kaum ins allgemeine Bewusstsein. Wo bei es an finanzieller Unterstützung nicht mangelte – die existenziell notwendige soziale Absicherung hat nach einigen Anlaufschwierigkeiten funktioniert.

Vielmehr geht es um die Degradierung, um das Allein-Gelassen-Werden mit einem Schicksal, das den Menschen nicht aus eigener Erfahrung, sondern als der schlimmste Makel des von der SED-Propaganda verteufelten Kapitalismus bekannt war. Plötzlich, gleichsam über Nacht, statuierte eben dieser Kapitalismus an ihnen exakt dieses Exempel der Massenarbeitslosigkeit.

Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk schreibt in seinem Buch *Die Übernahme* (2019: S. 144): »Die Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch soziale Beziehungen und sozialen Zusammenhalt, der größtenteils über die Arbeit gestiftet und gefestigt worden war. Es gab fast nichts, was nicht mit der Arbeit im engsten Zusammenhang stand: Einkommen, Freizeit, Urlaub, Gesundheitsvorsorge, Krankenbetreuung, Kultur, Rentnerbetreuung, Freundschaftsbeziehungen, Liebe und Sexualität, Feiernkultur, Kinderbetreuung.«

Dieser Zusammenhang, also die Tatsache, dass die DDR in einem umfassenden Sinne eine »Arbeitsgesellschaft« war, blieb im Einigungsprozess fast gänzlich unberücksichtigt. Nach dem Motto »Die Marktwirtschaft wird es richten« – ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland – und diese

Marktwirtschaft wird innerhalb weniger Jahre ein Wirtschaftswunder mit blühenden Landschaften hervorzaubern –, nach dieser Devise wurde die Transformation Ostdeutschlands auf einen ökonomischen Vorgang reduziert, der dann auch noch miserabel gehandhabt wurde.

Die Ursachen für den Kollaps

Es wäre töricht, alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, mit denen Ostdeutschland heute zu kämpfen hat, auf die Treuhand zurückzuführen. Die Gründe und Ursachen, die dem Kollaps, dem Ende der DDR vorausgingen, sind vielfältig:

- Der marode Zustand vieler ostdeutscher Betriebe.
- Der technologische Rückstand und damit die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- Die Staatsverschuldung und der drohende Bankrott der DDR.
- Das Wegbrechen der Märkte im Osten, also in Ostmitteleuropa und Russland.
- Schließlich: Die massenhafte Abwanderung vor allem junger Menschen in den Westen.

Die Herausforderung war also gigantisch, war ohne Beispiel in der Geschichte; die Ideen und die Tatkraft der besten Köpfe wären notwendig gewesen, um sozial und wirtschaftlich, aber auch mental ein solches Experiment erfolgreich bestehen zu können.

Stattdessen benutzte die westdeutsche Bundesregierung die Treuhand-Anstalt als Instrument einer brachialen Transformation. In den vier Jahren ihres Bestehens schaffte es die Staatsholding nicht, klare Ziele zu formulieren und umzusetzen. Unter dem Druck von Betriebsbesetzungen, Streiks und politischen Interventionen änderte sie ständig ihre Strategie und pendelte so zwischen Privatisieren, also dem Verkauf von Betrieben, Sanieren, also Geld in die Hand nehmen und die Unternehmen für den Markt wettbewerbsfähig zu machen, und Liquidieren, also Betriebe zu schließen.

Im Wesentlichen haben vier Personen die Abwicklung einer ganzen Volkswirtschaft, die in einem atemberaubenden Tempo vorstattenging, gesteuert: Thilo Sarrazin, Referatsleiter für »nationale Währungsfragen« im Bundesfinanzministerium, später Berliner Finanzsenator und dann als Buchautor Agitator und Brandstifter gegen die Migration; Horst Köhler, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, später Bundespräsident; Bundesfinanzminister Theo Waigel und Bundeskanzler Helmut Kohl.

In Bonn regierte das Mittelmaß

Im Nachhinein darf festgestellt werden: In Bonn regierte das Mittelmaß. Kanzler Kohl hat gewiss die von Michael Gorbatschow geöffnete Chance zur Wiedervereinigung schnell erkannt und rasch umgesetzt. Insofern gebührt ihm der Platz in den Geschichtsbüchern. Für die Herstellung der staatlichen Einheit war das rasante Tempo angemessen und notwendig, weil das Zeitfenster für die wichtigen politischen Entscheidungen und Weichenstellungen klein war. Aber es gab hinreichend Zeit und Möglichkeiten, das Zusammenwachsen zweier Staaten, die sich vier Jahrzehnte lang getrennt in unterschiedlichen Systemen entwickelt hatten, für die Betroffenen erträglich zu gestalten.

Bei der Wirtschafts- und Währungs-Union schlug Bundeskanzler Kohl, von einem unbändigen Machthunger getrieben, alle Ratschläge der Fachleute in den Wind; Ratschläge, die auf Vernunft, Augenmaß und Besonnenheit zielten. Stattdessen setzte er auf Biegen und Brechen die Sozial-, Wirtschafts- und Währungs-Union zum 1. Juli 1990 durch. Den Mantel der Geschichte wollte er mit niemandem teilen.

Das Drama der Transformation ließ die damalige Bundesregierung einfach geschehen, ohne lenkend einzugreifen und die Weichen neu zu stellen. Für eine gelungene innere Einheit hätte Helmut Kohl sich einen weiteren Eintrag in die Geschichtsbücher verdienen können.

Im Prozess der Transformation wäre ein auf wenige Jahre begrenzter Schutz für die ostdeutsche Wirtschaft möglich gewesen, um die Folgen für die Menschen abzufedern; also ein Sonderwirtschaftsgebiet als Raum für solide Planung und neue Ideen. Der Deutsche Bundestag hätte das Herausschneiden sogenannter Filetstücke aus den Unternehmen per Gesetz untersagen können und damit manchen Betrieben ein Überleben ermöglicht. Das Verschleudern von Immobilien und Grundstücken in bester Lage in Städten und Gemeinden füllte die Taschen einiger weniger Geld-Haie, während die Kommunen zumeist auf dem schäbigen Rest, den mit Ruinen und ökologischen Hypotheken belasteten Flächen sitzen blieben.

Ein striktes Controlling über die von Investoren eingegangenen Verpflichtungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zum Steuern von Investitionen hätte die öffentliche Hand vor Betrügern und Gaunern schützen können und den Steuerzahlern viel Geld erspart. Eine Unterscheidung zwischen erhaltenswerter betrieblicher Substanz, die es in zahlreichen Unternehmen durchaus gab, und dem vielzitierten »Schrott«, der sich in einem erheblichen Umfang ebenfalls angesammelt hatte, wäre zwingend notwendig gewesen – nicht nur mit Blick auf die Arbeitsplätze, sondern auch, um den Eindruck eines rücksichtslosen Plattmachens von Betriebsstätten von vornherein zu vermeiden.

Eine Fata Morgana

In den Vorstand und Aufsichtsrat der Treuhand-Anstalt überwiegend westdeutsche Manager zu entsenden, die noch mit Großunternehmen an Rhein und Ruhr und anderswo eng verbunden waren, sorgte von Beginn an für eine Schiefelage. Nicht einen einzigen ernsthaften Versuch hat es nach 1990 gegeben, die Herzen und Köpfe der Menschen in der Phase der Umstellung zu gewinnen, sie mitzunehmen und einzubinden in den Prozess der Transformation, ihnen das Ausmaß der Schwierigkeiten zu erklären und sie auf die einschneidenden Veränderungen vorzubereiten. Stattdessen wurde ihnen eine Fata Morgana von blühenden Landschaften vorgegaukelt.

Herabwürdigung wurde zur Staatsräson, schreibt der Historiker Kowalczuk an einer Stelle. Bezeichnend in diesem Zusammenhang waren Vokabeln wie *Buschzulage*, entrichtet an Beamte aus dem Westen, die im Osten ihren Dienst versahen. *Buschzulage*, das war vielleicht lustig gemeint, für die Betroffenen klang das ganz anders. Oder der Begriff *Notschlachtung* (Sarrazin). Oder die Bezeichnung *Laienspieler* für die Abgeordneten der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Herabwürdigung als Staatsräson!

Zu der Gleichgültigkeit in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung gegenüber Ostdeutschland gesellte sich die Arroganz der Eliten, die Arroganz der Mächtigen. Bundeskanzler Kohl hatte für die Bürgerrechtsbewegung der DDR, die immerhin die erste Friedliche Revolution der deutschen Geschichte erkämpft hatte, nichts übrig – außer Missachtung. In seinem Machtkalkül war kein Platz für mutige Vorkämpfer für die Freiheit wie Bärbel Bohley, Rainer Eppelmann, Sebastian Pflugbeil, Ulrike und Gerd Poppe, Konrad Weiß, Wolfgang Ullmann und Christoph Wonneberger.

Der Journalist und Buchautor Dirk Laabs zieht in seinem Buch *Der deutsche Goldrausch – Die wahre Geschichte der Treuhand* folgendes Resümee: »Im Schatten der Anstalt, so die Idee, sollte das neue demokratische System in den neuen Bundesländern in Ruhe Wurzeln schlagen. Das ist gründlich misslungen. Das politische System und der Glaube an die Demokratie überhaupt sind massiv beschädigt worden, trotz oder gerade wegen der scheinbar unkontrollierten Macht der Treuhand. Bei vielen Betroffenen blieb das Gefühl zurück, einer Institution hilflos ausgeliefert zu sein, die ihre Handlungen nicht erklären musste.« (Laabs 2012: 342)

Die Einheit Deutschlands wurde vor drei Jahrzehnten wiederhergestellt. Nichts von dem, was damals mit den Menschen geschah, ist wieder rückgängig zu machen. Aber das Wissen um die Ereignisse ist unabdingbar, weil diese Ereignisse in Gegenwart und Zukunft wirksam bleiben. Wie Christa Wolf schrieb: *Das Vergangene ist nicht vergangen...*

Misswirtschaft und Chaos

Die Publizistin Daniela Dahn sagte am 6. Juni 2004 in ihrer Dankesrede zur Verleihung des Ludwig-Börne-Preises in der Frankfurter Paulskirche: »So viel staatliche Misswirtschaft wie in der Zeit des Treuhandkommandos hat es in Ostdeutschland während der ganzen DDR-Zeit nicht gegeben.« (Dahn 2005: S. 16)

Umso eindrucksvoller ist das Beispiel derer, die trotz der chaotischen und bedrückenden Umstände für den Erhalt von Betrieben und damit von Arbeitsplätzen gekämpft haben – manchmal ohne Erfolg wie im Fall der Schließung der Kali-Grube im thüringischen Bischofferode, die zu den größten Skandalen der Treuhand-Anstalt zählt; und eben auch mit Erfolg, etwa beim Erhalt der Volkswerft in Stralsund. In sieben Kapitel kommen Zeitzeugen zu Wort, deren Stimmen Gehör verdienen.

Dezember 2020

WERFTEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Volkswerft in Stralsund (Foto: privat)



Ostdeutsche Werften – Spielball mächtiger Interessen

Der lange Kampf der Schiffbauer in
Mecklenburg-Vorpommern um den Erhalt ihrer Unternehmen

Mecklenburg-Vorpommern ohne Werften? Diese Frage war im Jahre 1990 nach dem Ende der DDR keineswegs abwegig. Eine Kette von einem halben Dutzend Schiffbauunternehmen zwischen Elbe und Usedom mit über 40.000 Beschäftigten und zahlreichen Zulieferbetrieben stand damals vor einer völlig ungewissen Zukunft, darunter Traditionswerften wie die *Neptun* in Rostock, die schon für die kaiserliche Marine im Ersten Weltkrieg U-Boote gebaut hatte.

Auch zur DDR-Zeit erreichten die Werften einen Standard, der einen internationalen Vergleich ohne Weiteres aushalten konnte. Doch dieser Umstand spielte bei der Privatisierung der staatseigenen Unternehmen keine Rolle. Für das Überleben der ostdeutschen Werften existierte weder ein Plan noch der erklärte politische Wille, den ostdeutschen Werften und ihren Beschäftigten eine Zukunft auf dem freien Markt zu sichern.

Den um ihre Existenz ringenden Schiffbauunternehmen blieb nur wenig Spielraum. Sie waren eingeklemmt zwischen der westdeutschen Konkurrenz, die wenig Interesse an einer modernen, funktionierenden Werftindustrie an der Ostseeküste zeigte, und den Wettbewerbshütern der Europäischen Kommission in Brüssel, die über Investitionen mitzuentcheiden hatten. So verwundert es nicht, dass die Werften ganz unterschiedlichen Interessen ausgeliefert waren, dass sie nicht selten zum Objekt von Spekulationen wurden und gleich mehrfach Gefahr liefen, in einer Pleite zu enden.

Weil Beschäftigte, unterstützt von der Industriegewerkschaft Metall, immer wieder auf die Barrikaden gingen und alle Formen des Protestes und des Widerstands einübten – von Demonstrationen, Betriebsbesetzungen bis zu Straßenblockaden –, konnten die meisten Standorte gerettet werden, allerdings nur mit drastisch verringerten Belegschaften. Das gilt für die Volkswerft Stralsund, die Peene-Werft in Wolgast, die Werft in Wismar und den Schiffbaubetrieb in Boizenburg an der Elbe. Die Schiffbauer, die gehen mussten, wurden über Transfer- und Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen oder suchten sich anderswo eine neue Arbeit.

Die Neptun-Werft in Rostock war schon 1992 an Brüssel gescheitert, weil die Europäische Kommission eine deutliche Beschränkung des ostdeutschen Schiffbaus durchsetzte. Mit dem Einstieg der Papenburger Meyer-Werft im

Jahre 1997 konnte die Neptun-Werft immerhin wieder Flusskreuzfahrt-Schiffe bauen, die nicht unter die EU-Auflagen fielen.

Ansonsten meldeten sich aus Westdeutschland nur zwei Unternehmen, die zum Kauf ostdeutscher Werften bereit waren – beide mit Sitz in der Hansestadt Bremen: Die Vulkan-Werft und die Firmengruppe um den Bauunternehmer Detlef Hegemann. Wie sich im Nachhinein herausstellte, spekulierten sie offenkundig auf staatliche Förder-Millionen. Die Vulkan-Gruppe steuerte 1994 in die Insolvenz und hätte um Haaresbreite drei angeschlossene Unternehmen mit in den Abgrund gerissen: die Volkswerft Stralsund, die Werft in Wismar und das Dieselmotorenwerk in Rostock. Nur mit großer Mühe konnten die drei Standorte vom Insolvenz-Verfahren abgekoppelt werden.

Die Hegemann-Gruppe operierte ähnlich glücklos; sie übernahm 2007 die Volkswerft und hielt diese wie auch die Peene-Werft, die ebenfalls angeschlossene Roland-Werft in Bremen und die Reparaturwerft in Berlin-Spandau drei Jahre über Wasser und musste dann einem Verbund aus Volks- und Peene-Werft Platz machen, der schließlich 2012 Insolvenz anmeldete.

Insbesondere an der jüngsten Geschichte der Volkswerft Stralsund, die nach 2014 noch zwei weitere Eigentümer erlebte, wird deutlich, durch welches Fegefeuer die Beschäftigten bei ihrem Kampf um den Erhalt des Unternehmens gegangen sind. Bei diesem Kampf tat sich besonders einer hervor: Der gelernte Stahlschiffbauer Jürgen Kräplin, der als Betriebsrat und Gewerkschafter das Auf und Ab der Volkswerft unmittelbar miterlebte.

»Immer wieder *Revolte* gemacht«

In den langen Jahren des gewerkschaftlichen Kampfes um den Erhalt der Volkswerft Stralsund hat Jürgen Kräplin Tagebuch geführt. Vor wichtigen Sitzungen notierte er, was bei einem Treffen mit der Unternehmensleitung, mit Politikern oder Mitstreitern erreicht werden sollte. Danach fand das Resultat – ob Erfolg oder Misserfolg – wiederum Niederschlag in seiner Kladde. Am 7. Juni 2010 notierte Kräplin z.B.: »Mit dem heutigen Tag beginnt eine neue Ära unserer traditionellen Standorte in Wolgast und Stralsund. Die bislang eigenständigen Werften in Wolgast und Stralsund sind zu einem gemeinsamen Unternehmen ›verschmolzen‹ worden, der P+S Werften GmbH. Dahinter steht mehr als nur ein neuer Name.« Und im Dezember 2012 heißt es an einer Stelle: »Gespräche für einen Verkauf der Volkswerft laufen auf Hochtouren, aber momentan ist kein potenzieller Käufer in Sicht.«

Was im Tagebuch zunächst hoffnungsvoll klang, verkehrte sich oft schon wenige Wochen später in Hinweise auf Proteste, Kundgebungen und Blocka-



Jürgen Kräplin (Foto: privat)

den, mit denen Betriebsrat Kräplin und seine Mitstreiter die Volkswerft nach 1990 zu retten versuchten. Jürgen Kräplin wurde 1951 in Loitz, einer Kleinstadt an der Peene, geboren und wuchs in Tribsees südlich von Stralsund auf. In zwei Interviews in Stralsund – am 18. Oktober 2019 und am 9. Januar 2020 – schilderte er die wechselvolle Geschichte der Volkswerft. Er und seine Kollegen hätten mehrfach und immer wieder *Revolte* gemacht, um sich Gehör zu verschaffen und nicht unterzugehen. Einmal blockierten sie sogar mit riesigen Stahlteilen die Straßenverbindung nach Rügen.

Dass es die Traditionswerft im Nordosten vor der Insel Rügen heute noch gibt, ist alles andere als selbstverständlich. Eine drohende Pleite, zwei ausgemachte Insolvenzen, verschwundene Fördermittel in Höhe von 850 Millionen D-Mark, die bei einem Eigentümer, der Bremer Vulkan-Gruppe, versickerten, ohne je den Werftarbeitern an der Ostseeküste zugute gekommen zu sein – es waren aufregende und harte Zeiten in der Hafenstadt Stralsund.

Die Eigner der Werft wechselten alle paar Jahre. Insgesamt waren es bislang acht verschiedene Unternehmen, die am Rügendamm unweit des Kubitzer Bodden Schiffbau betrieben. Mit neun Jahren hielt der dänische Weltkonzern Møller-Maersk noch am längsten durch. Pleiten, Pech und Rückschläge begleiteten

seit 1990 den Weg der Volkswerft, die in den zurückliegenden 30 Jahren weitgehend sich selbst überlassen blieb. Ohne den zähen Durchhaltewillen der Beschäftigten gäbe es das Unternehmen gewiss nicht mehr.

Trawler für die Sowjetunion

Im Grunde genommen ist die Volkswerft seit dem Ende der DDR nicht mehr zur Ruhe gekommen. Vorher hatte das Unternehmen eine Spitzenposition im Schiffbau erreicht, und zwar nicht nur nach DDR-Maßstäben. Fischkutter, Trawler und Fabrikschiffe verließen im Fließbandverfahren die Docks am Rügendamm.

Begonnen hatte die beeindruckende Produktionsserie nach dem Zweiten Weltkrieg trotz einer schweren Hypothek, die die Sowjetunion als eine der vier Siegermächte der Werft in Stralsund aufbürdete. Mit dem Befehl Nr. 103 ordnete die Sowjetische Militär-Administration/SMAD am 7. Juni 1948 die zügige Errichtung einer Werft und den Bau von Fischkuttern in hoher Stückzahl an – als Teil der Wiedergutmachung für die im eigenen Land von der deutschen Kriegsmaschinerie verursachten Zerstörungen. Die damalige UdSSR war eine Weltmacht ohne Schiffe und als Folge des erbarmungslosen Krieges Hitler-Deutschlands nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren.

Dort, wo bis 1945 die Gebrüder Kröger Schiffe für die deutsche Kriegsmarine gefertigt und sich dann unter Mitnahme von Booten und Produktionsgerät aus dem Staub gemacht hatten, sollten innerhalb von nur sechs Monaten Hellinge und Krananlagen entstehen. Auf der größten Baustelle im damaligen Mecklenburg arbeiteten bis zu 6.000 Menschen, um unzählige Eichenpfähle in den Boden zu rammen und neue Produktionsanlagen zu errichten. Tatsächlich lief bereits im Dezember 1949 der erste Logger vom Stapel – sein Name: *Oktoberrevolution*. Die Schiffsbleche wurden nicht mehr wie zuvor genietet, sondern zusammengeschweißt, was die Bauzeit deutlich verkürzte.

Weil die Werksleitung die Normen ständig verschärfte, ohne die Löhne entsprechend anzupassen oder den Wohnungsbau voranzutreiben, traten die Werftarbeiter im Juni 1953, wie Hundertausende von Beschäftigten beim Volksaufstand anderswo auch, in den Streik. Der Aufstand führte zu sozialen Verbesserungen, zog aber gleichzeitig im Unternehmen den Aufbau einer Betriebskampfgruppe nach sich.